

Die ungeschminkte Wahrheit über die sich überschneidenden Weltverhältnisse finden Sie in der Täglichen Omaha Tribune. Dessen ist sich jeder Leser bewußt. Wissen es aber Ihre Freunde oder Nachbarn, die die Tribune vielleicht nicht bekommen? Wenn nicht, tun Sie diesen einen Gefallen und der Wahrheit einen Dien, indem Sie sie darauf aufmerksam machen.

Tägliche Omaha Tribune

Leset und ziehet Nutzen aus den klassifizierten Anzeigen der „Tribüne!“

33. Jahrgang.

Omaha, Nebr., Samstag, den 17. Februar 1917.

-8 Seiten.-No. 290.

Kriegerischer Schritt vorerst nicht erwartet!

Trotz fortgesetzter Preßhefte soll sich Wilson dazu nicht entschließen können; hält seine Pläne geheim!

Bruch mit Oesterreich-Ungarn wird erwartet!

Washington, 17. Feb. — Nachdem nun zwei Wochen seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland vergangen sind, muß sich Präsident Wilson sagen, daß sich die internationale Situation immer schwieriger gestaltet. Ein Bruch mit Oesterreich-Ungarn scheint unabwendbar, da bisher alle Bemühungen unserer Regierung, Oesterreich-Ungarn davon abzuhalten, den unerwünschten Landbootskrieg Deutschlands zu unterstützen, vergeblich geblieben sind. In hiesigen Regierungskreisen ist man davon überzeugt, daß die schlimmste ökonomische Lage in den Ver. Staaten eine Folge der tatsächlichen Blockierung der amerikanischen Häfen durch den Landbootskrieg gezeitigt worden ist. Es ist ein zwingendes Bedürfnis geworden, der amerikanischen Schifffahrt wieder die Wege zu öffnen. Nichts deutet darauf hin, daß Deutschland von dem rücksichtslosen Landbootskrieg auch um ein Not abzuweichen wird, und damit die amerikanischen Rechte und Privilegien beeinträchtigt. Aber trotzdem wird von denjenigen, die dem Präsidenten nahe stehen, behauptet, daß gegenwärtig noch kein kriegerischer Schritt seitens der Bundesregierung in Sicht ist. Die amerikanische Schifffahrt jedoch ist zum Stehen gekommen, ein Zeichen,

Zensus der in Deutschland lebenden Amerikaner!

Berlin, 17. Feb. (Von John Grenndens, Stabskorrespondent der United Press.) — Die amerikanische Regierung läßt gegenwärtig eine Zählung aller in Deutschland lebenden Amerikaner vornehmen. Diese Maßnahme ist deshalb getroffen worden, um den Ausgang dieser Leute, im Falle eines Krieges zwischen Amerika und Deutschland, zu erleichtern. Die Zählung wird von dem spanischen Botschafter, der die amerikanischen Interessen vertritt, vorgenommen. Die Amerikanische Handelskammer in Berlin unterstützt ihn in dieser Arbeit. Berlin ist heute ruhig. Die amerikanischen Geschäftsleute melden, daß in ihren Geschäften keinerlei Unterbrechung eingetreten ist; alles geht seinen bisherigen Gang.

Vopida sagt, er sei ein Pechvogel!

Kopenhagen, 17. Feb. — Wie hierher gemeldet, hat die dänische Regierung es abgelehnt, Vorstellungen von England im Interesse von Charles V. Vopida von Chicago zu machen, dem früheren Gesandten der Ver. Staaten bei den Balkanstaaten; sie stützt ihre Ablehnung darauf, daß dies eine rein persönliche Sache zwischen der britischen Regierung und der dänischen Dampferlinie sei. „Ich bin eben ein Pechvogel,“ sagte Vopida. „Ich will heimkommen. Zuerst war Serbien im Krieg, dann Bulgarien, dann Rumänien, und jetzt sind die Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland abgebrochen. Ich warte auf sicheres Geleit zum amerikanischen Staatsdepartement; aber es will nicht kommen. Was ich tun soll, ist mir noch rätselhaft.“ Außer Herrn Vopida sind noch 300 Amerikaner hier angekommen, welche von hier aus heimzukommen hoffen. Sie kommen von allen Teilen Europas. Nach einer weiteren Woche wird ihre geldliche Lage eine schlimme sein, da sie keine amerikanischen Wechsel einlösen können. Skandinavische Dampfer wollen keine Passagiere oder Posten annehmen, und sie haben auch gegen einen Matrosenstreik anzukämpfen. Manche Amerikaner sollen sich um Mittelung als Matrosen besorgen haben, um überhaupt heimzukommen!

Gerard erklärt alle Interviews als Lüge!

Am tollsten hat es der „Matin“ getrieben, dessen Gerard besonders erwähnt.

Paris, 17. Feb. — Der gegenwärtig hier weilende frühere amerikanische Botschafter in Berlin, James W. Gerard, beauftragte einen Vertreter der Associated Press, alle Interviews, welche Zeitungsreporter mit ihm gehabt haben wollten, entschieden in Abrede zu stellen. Ganz besonders verweist er hierbei auf ein Interview, das ein Vertreter der tonangebenden französischen Zeitung „Matin“ mit ihm gehabt haben will. An der ganzen Sache aber ist kein wahres Wort. Ministerpräsident Briand wird heute zu Ehren des amerikanischen Botschafters ein Essen geben.

Amerik. Kerzte haben Grenzschutz verlassen!

Erhielten von der amerikanischen Botschaft den Befehl, sofort abzureisen.

Berlin, 17. Feb. (Zunkendepeche.) Aus Grenzschutz wird gemeldet, daß die in dem dortigen amerikanischen Konsulatsbezirk seit zwei Monaten tätige amerikanische Kreuz-Delegation, die aus drei Kerzten und drei Pflegerinnen besteht, auf Weisung des amerikanischen Botschafters in Berlin Grenzschutz verlassen hat. Die amerikanischen Kerzte und Pflegerinnen gehören einer der Pflegersektionen des „Amerikanischen Kreuz-Expeditionskomitees, Inc.“ an und haben mit dem Notizen Kreuz nichts zu tun. Dieses Komitee hat bekanntlich sechs große Kreuzfahrtschiffe in den Häfen der Zentralmächte unterhalten, in deren jedem eine solche Expedition den Dienst verleiht. Die Expedition in Grenzschutz war vom deutsch-österreichisch-ungarischen Hilfskomitee in Chicago finanziert worden und unterstand dem bekannten Chirurgen Dr. John R. MacDill, dem Organisator und langjährigen Leiter des chirurgischen Zweiges des amerikanischen Sanitätsdienstes auf den Philippinen.

Sür „knochentrockene“ Prohibitionsstaaten!

Senat nimmt Postbewilligungsvorlage mit diesbezüglichen Zusätzen an.

Washington, 17. Feb. — Der Bundes Senat hat die Postbewilligungsvorlage mit allen Zusätzen angenommen. Die Bewilligungen betragen \$332,000,000. Eine der Klauseln der Vorlage verbietet die Einfuhr von alkoholischen Getränken nach allen Staaten in denen die Herstellung und der Verkauf von berauschenden Getränken durch Staatsgesetz verboten ist. Dadurch würden alle Befehle der diesbezüglichen Staaten, welche die Einfuhr von berauschenden Getränken zum persönlichen Gebrauch gestatten, hinsichtlich der Staaten würden „knochentrocken“ werden. Die Vorlage geht nun an das Haus zurück, welches wegen der Zusätze eine gemeinschaftliche Konferenz beantragen wird.

Regierungskontrolle in engl. Kohlengruben!

London, 17. Feb. — Gemäß amtlicher Bekanntmachung am Mittwoch wird das Handelsministerium in London während der Dauer des Krieges sämtliche Kohlenbergwerke in Königreich übernehmen. Zur Verwaltung derselben wird ein neues Departement unter der Leitung von Genl. Carrivoy, des jetzigen Geschäftsführers der London und Northweiser-Eisenbahn, als Kontraktoren ernannt werden.

Regierung soll die Papierpreise selbst festsetzen!

Papierfabrikanten geben aus Furcht vor gerichtlichen Untersuchungen Klein bei.

Washington, 17. Feb. — Die Fabrikanten von Zeitungspapier haben nachdem sie eingesehen haben, daß die Bundes-Handelskommission Ernst macht und eine Untersuchung der Preisserhöhungen seitens der Großverpacker bereits begonnen hat, Klein beigetragen und der Bundesregierung den Vorschlag gemacht, sie selbst möge die Preise für Zeitungspapier festsetzen. Dies kann als ein vollständiger Sieg der Zeitungsherausgeber gelten, welche infolge der unerbittlichen Preisforderungen seitens der Fabrikanten fast am Ende ihres Viehes angelangt waren und für viele unter ihnen der Ruin vor Augen lagen. Die Handelskommission hat angekündigt, daß sie den Vorschlag in Erwägung ziehe, und beruft allgemein die Ansicht vor, daß sie denselben annehmen wird. Obgleich bisher noch nichts über den Verlauf der Untersuchungen in New York betreffs der Preissteigerung an die Öffentlichkeit gedrungen ist, kann man mit Sicherheit annehmen, daß die Papierfabrikanten noch mehrtägige Beratungen zu dem Schluß gekommen sind, durch obigen Vorschlag weiteren gerichtlichen Untersuchungen und wahrheitsgemäß auch Anklagen und Verfolgungen aus dem Wege zu gehen. An den Konferenzen nahmen auch die Anwälte der Bundes-Handelskommission teil, an deren Spitze der besonders für diese Untersuchung angestellter Anwalt Francis C. Heney von San Francisco steht.

Beendet Millionen-Ersparnis.

Es veranlaßt, daß durch diesen Vorschlag, wenn die Handelskommission nach Recht und Billigkeit die Preise festsetzt, den Zeitungsherausgebern des Landes wenigstens \$300,000,000 in diesem Jahre erspart werden, da die bisher geforderten Preise, wie aus dem Bericht der Handelskommission hervorgeht, fünfzig Prozent über dem tatsächlichen Wert lagen, und daß eine freie Konkurrenz zu existieren aufgehört habe. Dies ist das Resultat der Kommission, die dazu geführt hat, daß die Großverpacker die Sache in die Hand nahmen, was jetzt zum Kleinbeigeben der Fabrikanten geführt hat.

England wartet vor neuer Gefahrzone!

Washington, 17. Feb. — Die englische Admiralität hat infolge der Operationen der deutschen Landboote in der Nordsee eine neue „Gefahrzone“ angekündigt. Eine Abschrift der Ankündigung, welche vom 13. Februar datiert ist, wurde dem Staatsamt gestern übermittelt. In derselben werden die Schiffe genannt, daß vom 7. Februar an eine gewisse Zone, welche sich auf die Gewässer der deutschen Küste sowie eines Teils der holländischen und dänischen Küste erstreckt, für die Schifffahrt gefährlich ist, und deshalb vermieden werden sollte.

Gerard verläßt Paris Dienstag!

Paris, 17. Feb. — Der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard wird Dienstag abend von Paris nach Madrid reisen. Von Spanien aus wird er dann die Heimreise nach den Ver. Staaten antreten.

Senator Stone gegen die Hezpresse!

Fordert Bestrafung kriegerischer Zeitungsherausgeber, die er Landesfeinde nennt.

Washington, 17. Feb. — Bei der Beratung einer Regierungsvorlage im Bundes Senat, welche die Tätigkeit ausländischer Agenten beschränken soll und eine Klausel enthält, monach es zu einem Verbrechen gestempelt wird, wenn eine Person mit Absicht und wissentlich unter Eid eine lügnische Angabe macht, welche dazu beabsichtigt ist, die Handlungen oder Maßnahmen einer fremden Regierung in Bezug auf irgend einen Streit oder Kontroverse mit den Ver. Staaten zu beeinflussen, griff Senator Stone diejenigen amerikanischen Zeitungen an, welche zu einem Krieg mit Deutschland hielten. Der Senator forderte, daß dieselbe Strafe auch irgend einer Person, einschließlich Redakteuren und Zeitungsherausgebern, auferlegt werden sollte, welche wissentlich und mit Absicht auch nicht unter Eid derartige Nachrichten verbreiten. „Es ist bei irgend einem gerechtfertigten Menschen auch nicht der geringste Schatten von Zweifel vorhanden“, sagte Senator Stone, „daß hierzulande eine Kabale unter einer Menge von Zeitungen besteht, gegen eine der kriegführenden Mächte ein Bösegeister zu erregen und die Ver. Staaten in eine feindliche Haltung gegen dieselbe zu drängen. Ich glaube, daß irgend Jemand, der solche falschen Angaben macht, ein Feind des Landes ist, und bestraft werden sollte.“

Das jüngste Treffen in der Champagne!

Der Sieg der Deutschen in Frankreich von den Franzosen verschwiegen.

Berlin, 17. Feb. (Zunkendepeche.) Ueber den gestern gemeldeten Sieg der Kruppen der Kronprinzenermitten in der Champagne wird heute ferner offiziell gemeldet: In der Champagne, südlich von Reims, letzte nach wirtungsvoller artillerischer Vorbereitung die Infanterie zum Sturm an; derselbe war in jeder Hinsicht erfolgreich. Bei Reims die Champagne und Argon 185 wurden vier feindliche Linien in einer Breite von 2000 Meter und einer Tiefe von 800 Meter von unfernen tapferen Kruppen gestürzt; 20 Offiziere und 837 Mann wurden gefangen genommen und 20 Wagnisgenossen sowie ein Minenverwerfer erobert. Untere Verluste waren gering. Die Franzosen vergrößerten ihre Verluste durch fruchtlose Gegenangriffe; alle Anstrengungen, das verlorenen Gelände zurückzuerobern, blieben erfolglos. Kaiser Wilhelm hat den Kronprinzen von seinem Erfolg ein Glückwunschkommunikation überfandt, wobei er der Tapferkeit der Truppen hohes Lob erteilte. Der Kampfplatz liegt etwa 1 1/2 Meilen südlich von Reims, welches an der Hauptbahn zwischen Aube und Comay gelegen ist. Reims ist 33 Meilen nördlich von Verdun entfernt und dieselbe Straße von Reims.

In Italien bricht sich die Wahrheit Bahn!

Berlin, 17. Feb. (Zunkendepeche.) — Der „Corriere d'Italia“ veröffentlicht Erklärungen, die der wohlbekannte sozialistische Professor Enrico Ferri einem Korrespondenten der dänischen sozialdemokratischen Zeitung „Sozialdemokrat“ gegenüber abgegeben hat und die derart sensationell sind, daß es Wunder nehmen muß, wie sie dem italienischen Jenseit entgehen konnten. Prof. Ferri sagte u. a.: „Die Wahrheit bahnt sich ihren Weg. Bald wird das italienische Volk zur Erkenntnis dieser Wahrheit gelangen und einsehen, daß es betrogen worden ist, daß ein ewigwährender Frieden abgeschlossen werden muß, bevor noch schlimmeres Unheil über Italien herabbricht. Der Krieg wird in Italien bereits verloren gegeben, und man befürchtet, daß dem italienischen Volk die Fokanen des Gerichts in die Ohren dröhnen werden, sobald die Mittelstände endgültig mit Rumänen abgerechnet haben. D'Annunzio sollte aus Italien verschwinden, er ist der Weg nach Frankreich durch die Waffen jener Soldaten herbarriadiert, die bald dem dergigen Italiens zumarschieren werden.“

Die vorgeschlagenen Vertragsänderungen!

Das Staatsamt giebt die abgewiesenen Vorschläge Deutschland's an unseren Botschafter Gerard bekannt!

Vorschläge waren die Ursache der Reibungen!

Washington, 17. Feb. — Die Regierung veröffentlichte heute den englischen Text einer vom Schweizer Gesandten Dr. Ritter als Vertreter Deutschlands unterbreiteten Zusatzschrift, welche die Änderungen des alten preussischen Vertrages vom Jahre 1799 enthält und welche zu unterzeichnen sich der amerikanische Botschafter in Berlin weigerte. Die Regierungsbeamten weigern sich, den Inhalt des Dokumentes näher zu erläutern; man ist der Ansicht, daß die deutsche Regierung versucht, die diese Regierung zu veranlassen, die Änderungen des Vertrages anzunehmen. Das von Dr. Ritter unterbreitete Dokument hat folgenden Inhalt: Der amerikanische Freundschafts- und Handelsvertrag unterm 11. Juli 1799 steht in Artikel 23 die Behandlung von Bürgern der zwei Staaten und deren Eigentum im Falle eines Krieges zwischen beiden Ländern vor. Dieser Artikel, der ohne Frage jetzt in Kraft ist, bedingt Erklärungen und Zusätze wegen der Zeit jener Zeit farrgehabten Abänderung des Völkerrechts. Deshalb macht die deutsche Regierung den Vorschlag, daß zwischen beiden Ländern ein spezielles Abkommen getroffen wird, nämlich: Artikel 1—Nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Ver. Staaten von Amerika und im Falle des Ausbruchs von Feindseligkeiten zwischen beiden Ländern, sollen die Bürger jeder kriegführenden Partei in Uebereinstimmung mit dem Artikel 23 dieses Vertrages behandelt werden. Artikel 2—Deutsche Kaufleute in den Ver. Staaten und amerikanische Kaufleute in Deutschland sollen, soweit die Behandlung ihrer eigenen Person und deren Eigentum in Betracht kommt, in jeder Hinsicht so behandelt werden, wie dasjenige an derer Personen, von welchen in dem Artikel die Rede ist. Sie sollen, auch wenn die im Artikel angegebene Frist verstrichen ist, im Lande verweilen und ihrem Geschäft nachgehen können. Kaufleute und andere Personen, von welchen in dem Artikel 23 die Rede ist, können aus befestigten Städten und anderen Anlagen militärischer Wichtigkeit ausgeschlossen werden. Artikel 3—Deutschen in den Ver. Staaten und Amerikanern in Deutschland ist es freigestellt, ihren Wohnsitz innerhalb der feindlichen Zeit nach Belieben zu verlassen und soll ihnen freies Geleit gegeben werden. Jenen soll es gestattet werden, alles persönliche Eigentum, wie Geld, Wertpapiere und Wertgegenstände zu nehmen, müssen aber Eigentum, das unter den bestehenden Abmachungen nicht ausgeführt werden darf, zurücklassen. Artikel 4—Schug von Leben und Eigentum der Deutschen in den Ver. Staaten und der Amerikaner in Deutschland soll unter allen Umständen unter den bestehenden Ab-

Whitlock bleibt amer. Vertreter in Belgien!

Berlin, über London, 17. Feb. — Grand Whitlock, der amerikanische Gesandte in Belgien, wird auch weiterhin in Brüssel als diplomatischer Vertreter der Ver. Staaten verbleiben. (Wieder eine engl. Heßliche Bezeichnung.) Die Arbeiten des belgischen Untersuchungskomitees nehmen ihren ununterbrochenen Fortgang.

Shalkenberger greift das Kriegsamt an!

Washington, 17. Feb. — Bei der gestrigen Debatte über die Militärvorlage im Haus, griff Präsident Shalkenberger von 9. Klasse die Leiter des Kriegsammtes an, des Generalstabs an. Er erklärte, daß wenn alle Pläne des letzteren zur Ausführung kommen würden, die Armee dem Lande jährlich eine Billion Dollars kosten würde. Er behauptete ferner, daß Kriegsamt habe verübt, für die genügende Anzahl Gewehre und Artillerie zu sorgen, um in Falle eines Krieges, denselben erfolgreich durchzuführen zu können.

Frederik der Achte dürfte eine Woche in Halifax bleiben!

Halifax, N. E., 17. Feb. — Einer wie gründlichen Untersuchung die Passagiere und die Gracht des Dampfers „Frederik der Achte“ im hiesigen Hafen unterworfen sind, geht daraus hervor, daß halboffiziell die Erklärung abgegeben wurde, der Dampfer würde acht Tage lang im Hafen bleiben, bis dessen Weiterfahrt gestattet wird. Eine große Anzahl Zollbeamte und Einwanderungsagenten, Dolmetscher und Uebersetzer schwärzten heute auf dem Dampfer und begannen ihr Werk kurz vor Tagesanbruch. Alle persönlichen Effekten der Mitreisenden werden streng untersucht. Frauen sind dazu auszuweisen, die weiblichen Passagiere zu unteruchen. Größere Kräfte und Stoffer werden aus Land geschickt, um dort auf ihren Inhalt geprüft zu werden.